

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Wagnispreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark. für Selbst- abholer 1.00 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206 - **Postfachkonto Leipzig Nr. 534 77**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telephon 7221 6. - Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 - Telephon 72.01

**Inseratenpreise:** Die 10gelp. Kolonelle 35 Pfg., bei Vorkauf 40 Pfg. Stellenangebote 10gelp. Kolonelle 25 Pfg. Familienanzeigen von Privatpersonen 10gelp. Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamezeitung 2 Mk. Inlerate v. ausw.: die 10gelp. Kolonelle 40 Pfg. bei Vorkauf 50 Pfg. Reklamezeitung 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

## Sozialdemokratie und Abrüstung

Die internationale sozialistische Bewegung wird in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen der Klassen vor Entscheidungen gestellt, von denen es abhängt, ob das Proletariat seiner Aufgabe, Befreiung der kapitalistischen Gesellschaft und Aufbau der sozialistischen Gesellschaft gerecht werden kann. Im nationalen und im internationalen Rahmen verlangt dieser Kampf täglich neue Beweise ihrer internationalen proletarisch-revolutionären Gesinnung. Die Haltung, die die sozialistischen Parteien zum Militarismus, zur Abrüstung und zum Kriege einnehmen, ist dabei ein besonderer Prüfstein. Überblicken wir die Stellungnahme der sozialistischen Parlamentsfraktionen und die allgemeine Politik dieser Parteien in den wichtigsten Ländern, so kann der Sozialist nicht sagen, daß heute schon die Gewissheit besteht, daß die sozialistischen Parteien in diesem oder jenem Lande im Falle eines Krieges nicht wieder in der Front der Kriegspolitiker stehen. So ist es wohl eine der wichtigsten Aufgaben der sozialistischen Arbeiterinternationale, mit allen Kräfte daran zu arbeiten, neue verhängnisvolle Verzerrungen zu vermeiden und die sozialistischen Parteien in allen Ländern zu einer klaren Stellungnahme gegen den Militarismus im kapitalistischen Staat gegen den imperialistischen Krieg zu gewinnen.

Dem nächsten internationalen Sozialisten-Kongress kommt es zu, die Wege abzustecken, auf denen die Parteien die Aufgaben des Proletariats in der Frage des Militarismus, des Krieges und der Abrüstung zu erfüllen haben. In dem Bericht, den das Exekutivkomitee der sozialistischen Arbeiterinternationale dem Kongress vorlegen wird, wird zuerst mit aller Klarheit betont, daß es innerhalb des kapitalistischen Klassenstaates eine vollständige Abrüstung nicht geben kann. Diese Feststellung ist notwendig einmal wegen des Abrüstungsschwinds, den die kapitalistischen Staatsmänner seit einigen Jahren betreiben, und zum anderen deshalb, weil sich gelegentlich immer wieder die Auffassung selbst in sozialistischen Kreisen hervorwagt, als genüge es in diesem Staate, nur auf die Abrüstung hinzuwirken, um den Krieg unmöglich zu machen. Der Bericht gibt zu, daß innerhalb der herrschenden Klasse Tendenzen vorhanden sind, die eine Einschränkung der Rüstungen begünstigen. Aber mächtig sind die Gegentendenzen, die durch den unbeherrschbaren Expansionsdrang des Imperialismus immer wieder von neuem gestärkt werden. Daß in dem Bericht diese Tatsache unterstrichen und ein stärkstmöglicher Druck des Proletariats auf die Regierungen als notwendig hingestellt wird, war daher sehr notwendig.

In dem zweiten Absatz werden den sozialistischen Parteien Schritte angedeutet, die sie in der akuten Kriegsgefahr zu gehen haben. Neben dem Verlangen, daß sie den Regierungen gegenüber durchzusehen haben, ein Gesetz zu beschließen, das jede militärische oder industrielle Mobilisierung ausschließt, bevor ein internationaler Konflikt einem friedlichen Schiedsverfahren vorgelegt ist, wird hier das ausdrückliche Bekenntnis zur Anwendung der Gewalt durch das Proletariat ausgesprochen im Falle, daß die Regierungen sich der Entscheidung eines solchen Verfahrens widersetzen. Soll dieses Bekenntnis nicht nur auf dem Papier stehen und ein Lippenbekenntnis bleiben, dann müssen sich alle sozialistischen Organisationen, nicht nur die Parteien, auch recht bald klar werden, wie sie diese Gewalt zum Ausdruck bringen wollen, falls ihre Anwendung notwendig erscheint. Daß dieser Moment einmal schneller da sein wird, als mancher der't, das ist mit viel Sicherheit anzunehmen. Ist dann die Arbeiterklasse, sind dann ihre politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Organisationen nicht vorbereitet, beginnt dann erst die Diskussion über das Wie oder das Wann - dann hat die kriegsklüsternde Bourgeoisie gewonnenes Spiel.

Sehr bedenklich scheint uns die Formulierung im dritten Absatz, in dem die sozialistische Arbeiterinternationale mit der Begründung, daß nur „zwischen gleichberechtigten Nationen dauernder Frieden“ - im Kapitalismus? - zu erreichen ist, verlangt „für alle Nationen die gleiche Freiheit in der Wahl ihres Heeresystems“. Die kapitalistische Klasse hat doch oft genug bewiesen, daß unter ihrer Herrschaft jeder Militarismus, also auch jedes Heer ein Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft, zur Unterdrückung des Proletariats ist. Es kann deshalb der sozialistischen Arbeiterinternationale nicht zukommen, für die Bourgeoisie Freiheiten in der Wahl ihres Heeresystems zu fordern. In den folgenden Abschnitten werden dann im einzelnen die Forderungen aufgeführt, die ein Rüstungsübereinkommen enthalten müßte, um innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die Abrüstung voranzutreiben. Es wird dabei die neue Entwicklung der Kriegstechnik nicht übersehen, die einmal die Bedeutung gewaltiger Heeresmassen herabgemindert; gleichzeitig aber auch den Berufs- und Militärsheeren eine ganz andere Bedeutung gegeben hat, als sie bei dem nun überholten Stande der Kriegstechnik gehabt haben. Wenn die sozialistische Arbeiterinternationale den ihr an-

geschlossenen Parteien diese Aufgaben zuweist, dann ist sie sich klar, daß jedem Verlangen nach wirklicher Abrüstung von den herrschenden Klassen heftiger Widerstand entgegengekehrt werden wird. So wird durchaus mit Recht, und wie die Politik der Parteien lehrt, auch mit Notwendigkeit mehrfach betont, daß die Arbeiterklasse hinter ihrem Verlangen den stärksten politischen Druck zu setzen habe. Es heißt ausdrücklich, daß dieser Druck durch eine ständige und energiegeliche Aktion in den Massen und Parlamenten zu üben ist. Soll dieser Aufgabe entsprochen werden, dann müssen die Parteien fast in allen Ländern ihre bisherige Heeres- und Abrüstungspolitik ändern. Es genügt nicht mehr, daß die Reden sozialistischer Parlamentsmitglieder die angebliche Gleichheit ihrer Politik mit der von der Bourgeoisie in der Frage der Abrüstung und der Verteidigung betriebenen Linie betonen, während diese Bourgeoisie zur gleichen Zeit eifrig daran arbeitet, durch geheime Rüstungen, durch einen gewaltig forcierten Aufschwung gerade für den Krieg wichtiger Industrien sich die Mittel für eine Kriegführung zu beschaffen. Es wird zur Unmöglichkeit, daß sich die sozialistische Partei eines Landes - wie es in Frankreich geschehen ist - dazu begibt, der herrschenden kapitalistischen Klasse ein Militarisierungsgesetz zu schenken, das im Falle eines Krieges fast das ganze Volk unter die Fuchtel der Generale stellt. Wollen die sozialistischen Parteien ihre internationale Pflicht als Sozialisten gegen Militarismus und Krieg erfüllen, genügt es weiter nicht, das sie sich in den Parlamenten mit kleiner Kritik und kleinen Abstrichen an dem riesigen Heeresetat zu begnügen. Diese Pflicht verlangt von ihnen viel mehr. Sie verlangt, daß der Kampf gegen den ganzen Militarismus ihres Staates von ihnen rücksichtslos geführt wird, daß von ihnen immer wieder aufgezeigt wird, wie die herrschende Klasse ihn bei jeder Gelegenheit gegen die Arbeiter einsetzt. Sie müssen immer wieder den Nachweis führen, daß in jedem Lande es die Absicht der Bourgeoisie ist, mit Hilfe des Militarismus ihre Herrschaft im Staate zu befestigen und gleichzeitig im Kampfe auf den Kontinenten und den Ozeanen die Voraussetzungen für ihre dauernde Machtstellung zu schaffen.

In diesem Kampfe kann dann auch nicht halt gemacht werden bei der sogenannten Demokratisierung des Heeres. Denn weder diese Demokratisierung, von der niemand weiß, wie sie aussieht, noch das Unterstellen des Heeres unter die Verfügungsgewalt der Parlamente ändert den Charakter des Heeres. Die „Reform“arbeit der Sozialisten an diesem Heeresystem kann höchstens darin bestehen, daß sie bemüht ist, von innen und außen die Heere, die ja von Proletariern gebildet werden, für die Zwecke der kapitalistischen Klasse unbrauchbar zu machen.

Der Bericht bringt einen Fortschritt gegenüber der praktischen Politik der sozialistischen Parteien in der Militärfrage bisher. Es kommt nun auf die Sozialisten in den einzelnen Parteien an, daß dieser Bericht nicht nur vorgezeichnete Aufgaben enthält, sondern daß die Parteien durch eine konsequente, gegen den Militarismus des kapitalistischen Staates gerichtete Politik diese Aufgaben erfüllen.

## England herrscht über Ägypten

SPD London, 28. Februar.

Die Beziehungen zwischen Großbritannien und Ägypten nähern sich neuerdings wieder einem überaus kritischen Stadium. Nachdem in den letzten vier Monaten Verhandlungen über den geplanten englisch-ägyptischen Vertrag geführt worden waren, ohne daß eine Einigung erzielt werden konnte, hat Großbritannien Ende der vergangenen Woche dem ägyptischen Ministerpräsidenten einen „endgültigen“ Vertragsentwurf unterbreitet. Nach den Informationen der ägyptischen Presse soll dieser britische Vertragsentwurf folgende Hauptpunkte enthalten:

1. Die Führung der ägyptischen Außenpolitik bleibt unter britischer Kontrolle.
2. Die Verteidigung des Suezkanals bleibt in britischen Händen.
3. Die anglo-ägyptische gemeinsame Herrschaft über den Sudan bleibt aufrechterhalten.

Dagegen sind folgende britische Konzessionen zu erwarten: Beendigung der britischen Kontrolle über die ägyptische Armee und Bereitwilligkeit Großbritanniens, seine Berater aus den ägyptischen Verwaltungen zurückzuziehen.

Es kann auf Grund der ägyptischen Pressestimmen als sicher gelten, daß dieser Vertragsentwurf bei der Mehrheit der ägyptischen Bevölkerung auf den schärfsten Widerspruch stoßen wird.

# AN DIE PARTEI!

Der Bürgerblock ist tot. Der Kampf um die Erneuerung des politischen Lebens in Deutschland hat begonnen / Dieser Kampf wird schwer sein / Die Arbeiterklasse kann ihn nur dann siegreich durchführen, wenn sie sich mit dem Aufgebot aller Kräfte auf den Weg macht.

Mit riesigen Geldmitteln sind die Bürgerblockparteien für den Wahlkampf ausgerüstet.

Hinter ihnen steht das Großkapital, das auf Kosten der proletarischen Schichten seine wirtschaftliche Stellung neu befestigt hat und danach trachtet, auch politisch die Oberhand zu gewinnen.

Hinter ihnen steht der Großgrundbesitz, der seinen Verfall durch neue Ausbeutung der Massen aufzuhalten sucht / Hinter ihnen stehen die Monarchisten, die Nationalisten und die Militaristen, die es noch immer nicht berschmerzen können, daß die Republik keine Vorrechte der Geburt, des Standes und des Besitzes zulassen will.

Die arbeitende Bevölkerung kämpft allein / Aber gerade das ist ihre Stärke: die Millionen in Stadt und Land, die von ihrer Hände oder ihrer Köpfe Arbeit leben, sind ihren Widersachern gewachsen, wenn sie einig zusammenstehen.

**Die Arbeit gegen das Kapital!** / Das ist der Schlachtruf, mit dem die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Wahlkampf 1928 zieht.

Aber zum Kriegsführen gehört noch immer Geld, gehört heute noch mehr Geld als je zuvor / Und darum appellieren wir an unsere Parteigenossen, an die Männer und Frauen des arbeitenden Volkes, an alle alten und jungen Streiter im Befreiungskampf des Proletariats: Zeigt eure in Jahrzehnten bewährte Opferwilligkeit, sorgt für Munition für den Kampf.

## sammelt freiwillige Beiträge für den Wahlkampf für eure Partei, die Sozialdemokratie!

Keine Versammlung ohne die Losung: „Partei im Kampf!“ / Kein Betrieb ohne den Willen: „Partei im Kampf!“ / Keine gefällige Veranstaltung ohne den Ruf: „Partei im Kampf!“ Parteigenossen, Parteigenossinnen! Wir wissen, daß unser Appell an eure Opferwilligkeit begeistertem Widerhall finden wird. Die Partei ruft! Wer will zurückbleiben?

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle Geldsammlungen sind an die Organisationen der Bezirke und Wohnorte abzugeben / Von dort aus ergehen noch besondere Aufforderungen